

Wo ist der richtige Platz für die Windräder?

Diskussion über Windenergie-Flächen



Bornheims Politik und Bürgerschaft diskutiert, ob Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen auf dem Villerücken und/oder in der Rheinebene wie hier zwischen Wesseling und Sechtem ausgewiesen werden sollen.

FOTOS: FRANK ENGEL-STREBEL

Bornheim (fes). Villerücken oder Rheinebene? Oder beides? Wo könnten sich künftig die Rotorblätter der Windenergieanlagen im Bornheimer Stadtgebiet drehen? Diese Frage wird die Kommunalpolitik und die Bürgerschaft noch lange beschäftigen. Fest steht bislang: Es sollen Konzentrationsflächen ausgewiesen werden, um eine mögliche Verspargelung der Landschaft zu verhindern. Denn: Weist die Stadt keine Konzentrationsflächen aus, könnten einzelne Investoren verteilt über das Stadtgebiet ihre Anlagen errichten und dies einklagen. Daher gilt es auch für Rechtssicherheit zu sorgen.

„Es gibt keine Fläche, bei der wir keine Einschränkungen vorgefunden haben.“

21 Potenzialflächen hatte Klaus Zimmermann vom Büro Immissionsschutz, Städtebau, Umweltgestaltung (ISU) aus Bitburg kürzlich vor dem Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt, der gemeinsam mit dem Umweltausschuss tagte. 12 davon liegen zwischen Sechtem und Bornheim in der Rheinebene, neun auf dem Villerücken. Noch ist aber lange nichts entschieden, wie Zimmermann betonte: „Was wir heute hier besprechen, ist erst der Beginn der Bauleitplanung und hat noch keine Rechtskraft. So weit sind wir noch lange nicht.“

Mehrheitlich, mit den Gegenstimmen der FDP, stimmten die Ausschussmitglieder dafür, die Neuaufstellung des Teilflächennutzungsplanes in die Offenlage zu geben. Der Rat muss dieses Votum am 11. Mai noch bestätigen. „Es gibt keine Fläche, bei der wir keine Einschränkungen vor-

gefunden haben. Das hatten wir vorab nicht so erwartet“, sagte Zimmermann. Die Nähe zur Wohnbebauung, Arten- und Landschaftsschutz, die Naherholung, die Entfernung zum Militärflughafen Nörvenich – all diese Faktoren bergen jede Menge Konfliktpotential. Eindringlich warnten sowohl Klaus Zimmermann, als auch Bornheims Erster Beigeordneter Manfred Schier davor, die möglichen Konzentrationsflächen zu verkleinern oder zu wenige auszuweisen: „Hier sollten wir vorsichtig sein und nicht zu kurz springen“, mahnte Schier. „Jede Reduzierung von Flächen würde zudem den Verdacht einer Verhinderungshaltung erwecken.“

Die Liberalen hatten beantragt, die Gebiete auf dem Villerücken aus der Bürgerbeteiligung herauszunehmen: „Wir haben das Vorgebirge nicht jahrelang in harten Kämpfen vor dem Abbau von Quarzkies geschützt, um es nun den Industriewindanlagen zu opfern“, erklärte Jörn Freynick von der FDP. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit in den Ausschüssen. Arnd Kuhn (Grüne) sprach hier gar von einem „Schuss ins Knie“: „Wir können nicht jetzt schon Flächen ausschließen, bevor uns alle Stellungnahmen vorliegen“, betonte Luth Wehrend. Sozialdemokratin Tina Gordon forderte eine „Verteilungsgerechtigkeit“. Sie fand es „befremdlich“, dass man immer nur beim Villerücken von Naherholung spreche, nicht aber von der Rheinebene. Hans Gerd Feldenkirchen forderte: „Wir dürfen die Gebiete nicht gegeneinander ausspielen.“ Paul Breuer von der ABB meinte: „Es wird auch Grundstückseigentümer

geben, die durch den Verkauf ihrer Grundstücke mehr erwirtschaften werden als mit landwirtschaftlicher Nutzung.“ Scharfe Kritik zu der Potentialflächenanalyse äußerte der Landschaftsschutzverein Vorgebirge (LSV), der viele Schwachpunkte in dem vorgelegten Gutachten sieht.

Landschaftsschutzverein kritisiert das vorgelegte Gutachten

Vor allem hinsichtlich der bereits abgegebenen Bewertung einiger Flächen von „gut bis sehr gut“: „Auf der aktuell dünnen Datenbasis ohne durchgeführte Artenschutzprüfung der Stufe 2, ohne Umweltprüfung und Umweltbericht bereits eine Einstufung der 21 Potentialflächen vorzunehmen, ist unseriös“, so der LSV-Vorsitzende Michael Pacyna. In den Ausschusssitzungen verwies Zimmermann allerdings darauf, dass die entsprechenden Prüfungen noch durchgeführt werden. Dem parteilosen Bürgermeister Christoph Becker ist es wichtig, dass bei den Bürgern nicht der Eindruck entstehe, dass die großen Themen Rheinspange und Windenergieanlagen, die die gesamte Bornheimer Bürgerschaft betreffen, „unter dem Radar von Corona durchgewunken werden.“ Aus diesem Grund haben die Bürger auch nicht wie sonst üblich vier, sondern diesmal sechs Wochen Gelegenheit die Unterlagen einzusehen und ihre Stellungnahmen abzugeben. Beide Themen gelte es transparent und – wenn möglich – auch in Präsenzveranstaltungen zu diskutieren. Die vollständigen Unterlagen sind einsehbar unter www.bornheim.de.